Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat

Mai 2019

Rudolph Haux (FDP) ist neuer Erster Bürgermeister in Krailling

Überraschend klar haben etwa zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler (62,03%) am 26.5.2019 den Kandidaten Rudolph Haux (FDP) zum neuen 1. Bürgermeister der Gemeinde Krailling (Landkreis Starnberg) gewählt. Er hat die Wahl (natürlich) angenommen und bedankte sich für das Vertrauen und die große Unterstützung von vielen parteiungebundenen Bürgerinnen und Bürgern, aber gerade auch aus dem Kreisverband und von Seiten der Julis.
Rudi Haux hat die Geschäfte im Rathaus Krailling am 27.5.2019 übernommen, seine Vereidigung erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 28.5.2019.
Nun wird er mit seiner ganzen Erfahrung und Persönlichkeit zusammen mit dem Gemeinderat eine zukunftsgerichtete Politik machen und dabei „Integrieren statt Polarisieren“, den Gemeinderat und die ganze Gemeinde mit „Transparenz“ überzeugen und „Ökologie mit Vernunft“ betreiben.

Rudolph Haux war nicht nur – allerdings äußerst knapp mit 4 Stimmen Vorsprung vor Adrienne Akontz (GRÜNE) – als zweiter Kandidat nach Henrik Jörgens (CDU, 5 Stimmen Vorsprung) am 12.5.2019 in die Stichwahl geschickt worden, sondern konnte im 2. Wahlgang am Europawahl-Tag seine Stimmen mehr als verdoppeln.

<u>Kreistag</u>

Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung den Antrag von Kreisrat Bernhard Sontheim (Freie Wähler) abgelehnt, den Bau des Gymnasiums in Herrsching zu verschieben, bis sich die Baupreise wieder beruhigt haben. Nach unserer Auffassung war das ein erneuter Versuch aus der Ecke der Freien Wähler, das Gymnasium in Herrsching zu verhindern. Bis die Planung zur Ausführung kommt, wird leider ohnehin noch einige Zeit vergehen - und wir glauben nicht an einen wesentlichen Rückgang der Baupreise für ein solches Projekt.

Dem Kreistag wurden jetzt drei Planungsvarianten, jeweils als Holzbau, für das neue Gymnasium vorgestellt - "Pavillon" mit separater Sporthalle, "Ring" mit Sporthalle integriert im Untergeschoss und "Terrasse", ebenfalls mit integrierter Sporthalle und Dachterrasse. Die Gesamtkosten für das erweiterbare, dreizügige Gymnasium liegen danach bei ca. 78 Mio. Euro. In der Verwaltung und in den Ausschüssen (Bauausschuss, Kreisausschuss) werden die Varianten jetzt weiter untersucht und eine Empfehlung für den Kreistag erarbeitet. Wir sehen derzeit eine Präferenz für die Variante "Pavillion". Bei allen Entwürfen war deutlich zu sehen, dass das Grundstück an der Mühlfelder Straße in Herrsching für dieses Bauvorhaben doch recht

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat

Mai 2019

eng ist und für das Gebäude und die Außenanlagen deutliche Kompromisse eingegangen werden müssen. Die Kosten erscheinen sehr hoch, auch daran muss noch gearbeitet werden.

Der Abfallverband AWISTA konnte jetzt zwei Grundstücke an der Autobahn A 96 erwerben - für eines hat Remondis zum Betrieb ihrer Umladestation ein Erbbaurecht, das andere könnte für die Errichtung einer Umladestation des AWISTA geignet sein. Die vergleichende Standortuntersuchung Mischenried und Oberbrunn wird jetzt begonnen werden. Aus unserer Sicht ist es nicht wirtschaftlich, neben eine existierende, voll funktionsfähige Umladestation ein weiteres Bauwerk der gleichen Zweckbestimmung zu errichten. Die neue Sachlage sollte für Verhandlungen mit Remondis über eine gemeinsame Verwendung der Anlage genutzt werden.

Gauting

Der Bebauungsplan Nr. 100, welcher das Gelände des ehemaligen Apparatebaus Gauting sowie die dahinter liegenden Freiflächen umfasst, bestimmt weiterhin die öffentliche Debatte in der Gemeinde Gauting. Auf dem ca. 3,4 ha umfassenden Gesamtareal sollen Geschoßwohnungsbau, verdichteter Familienhausbau sowie Gewerbeflächen nebst Lebensmittelmarkt entstehen. Generell begrüßt die Gautinger FDP Fraktion die Schaffung leistbarer Wohneinheiten in der Würmtalgemeinde. Gleichermaßen bemängeln wir aber die massive Verdichtung, welche mit der Planung einhergeht: Sah die Auslobung des zugehörigen städtebaulichen Architektenwettbewerbs noch eine angestrebte Geschoßfläche von maximal 15.000 m² sowie eine Anzahl von „mehr als 90 Wohneinheiten“ auf dem Areal vor, so verzeichnet der – von der FDP nicht favorisierte – Siegerentwurf eine Geschoßfläche von 30.000 m² und 188 Wohneinheiten. Doch das Ende der Fahnenstange scheint hier noch gar nicht erreicht zu sein: Auf Nachfrage unserer Fraktion wurde nun bekannt, dass durch weitere Fortentwicklung der Planung sogar bis zu 264 neue Wohneinheiten ermöglicht werden sollen.
Diese Maximierung der Wohneinheiten stellt aus unserer Sicht eine überproportionale Belastung des Wohnquartiers und der Infrastruktur am westlichen Ortsrand dar. Die FDP fordert daher - nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf die bestehenden Anwohner- eine Begrenzung der Wohneinheiten im überplanten Gebiet auf maximal 180. So könnte ein Kompromiss zwischen der notwendigen Schaffung von Wohnraum und dem Erhalt der vorliegenden lockeren Siedlungsstruktur herbeigeführt werden.

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat

Mai 2019

Seefeld

Seefeld wird Fair-Trade-Kommune werden - das hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschlossen. Die Gemeinde schließt sich damit dem Landkreis und neun weiteren Kommunen im Landkreis an. Es wird angestrebt, die Zertifizierung in etwa einem halben Jahr zu erreichen.

In der Spitzstraße in Hechendorf - anschließend an das Gelände des Einheimischenmodells - steht der Gemeinde ein Grundstück für den Geschosswohnungsbau für ca. 20 Wohnungen zur Verfügung. Hier soll Bürgern bezahlbarer Wohnraum angeboten werden, die gerade aus der Sozialförderung herausfallen, sich aber auf dem freien Markt kaum bedienen können. Nachdem zunächst die Vergabe an eine Genossenschaft auf Grund einer Ausschreibung geplant war, hat sich jetzt das Seefelder Kommunalunternehmen für die Planung und Errichtung dieser Gebäude angeboten. Begünstigt wird dieses Angebot durch attraktive Zuschüsse des Freistaats, die aber eine vollständige Einhaltung der Sozialgrenzen mit sich bringt. Ob eine gemischte Lösung möglich ist, muss noch geprüft werden.

An der Ulrich-Haid-Str. hat der Aushub für den Bau der lange diskutierten Seniorenwohnanlage mit Tagespflegeeinrichtung begonnen. Die Fertigstellung ist bis Ende 2020 geplant. Wir begrüßen die Initiative eines Investors zur Sicherstellung der Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für unsere Senioren.

Starnberg

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat die detailliertere Planung für eine ortsferne Umfahrung beschlossen und die Ausschreibung für eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) zu erarbeiten. In unserer dazu im Vorfeld abgegebenen Stellungnahme haben wir die Weiterführung vom Gewerbegebiet Schorn zu einer optionalen weiträumigen Umfahrung Schäftlarn in Absprache mit der Gemeinde plädiert. Ebenso sollte unserer Meinung nach alternativ eine direkte Anbindung an den Kreisel Waldkreuzung im Westen ins Verfahren gehen, da in diesem langjährigen Planungsprozess diese von der Gemeinde Gauting bislang abgelehnte Trasse nicht schon in der Vorplanung aufgegeben werden sollte. Dieser Anschluss bietet beiden Gemeinden eine sinnvolle Verkehrsentlastung und benötigt weniger Flächen.

Unser Antrag zum Mittenabluft-Kamin des B2-Tunnels ist gescheitert – Die Prüfung der Möglichkeit einer „Anpassung“ der Tunnelplanung ohne den aufwändigen Kamin am

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat

Mai 2019

Schlossberg fand keine Mehrheit. Die Problematik einer Entrauchung bei einem Brand im Tunnel mitten über dicht besiedeltem Stadtgebiet wird noch zu behandeln sein.

Im Streitfall um das Honorar des in Sachen Bahnvertrag beauftragten Anwalts Dr. Leisner hatte der Richter dringend geraten den Vergleich anzunehmen, der auch von Dr. Leisner schon angenommen war. Mit einer Annahme des Vergleichs wäre der Fall erledigt gewesen. Die Mehrheit des Stadtrates entschied sich jedoch für eine Weiterführung, insbesondere mit der Streitverkündung auf Schadensersatz gegenüber der 1.Bürgermeisterin. Wir konnten der Argumentation des von Prof. Gassner vorgeschlagenen neuen Anwaltes nicht folgen. Er legte dar, dass die Wahrscheinlichkeit diesen Prozess zu gewinnen sehr hoch wäre, da das Disziplinarverfahren gegenüber der Bürgermeisterin dies schon nahe lege. Da jedoch die Entscheidung durch das Gericht noch aussteht, erschien uns dies einer Vorverurteilung gleich, denn solange nichts entschieden ist, gilt die „Unschuldsvermutung“.

Am 10.05. wurde unserem früheren Ortsvorsitzenden Rainer Hange die Bürgermedaille der Stadt für seine vielfältigen Verdienste verliehen. Die Presse hatte ausführlich dazu berichtet. Wir sind dankbar und stolz, Rainer Hange in unserem Kreis zu haben.

<u>Tutzing</u>

Die Gemeinderatsitzung im Mai zeichnete sich dadurch aus, dass der öffentliche Teil nur etwa eine halbe Stunde dauerte, der nichtöffentliche Teil jedoch über drei Stunden! Im öffentlichen Teil wurden im Grunde genommen nur eine Änderung eines Bebauungsplans besprochen sowie die Änderung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat Tutzing einstimmig beschlossen. Dies ist im Rahmen der Einführung des Ratsinformationssystems nach dem Muster des Bayerischen Gemeindetags notwendig geworden. Die Einladung der Gemeinderatsmitglieder wird demnächst elektronisch erfolgen, ebenso die Bereitstellung der Sitzungsunterlagen.